

Stellungnahme Bürgerinitiative Windpark Müssen

Der abgebildete Zeitungsartikel berichtet über die Bürgerinitiative Windpark Müssen sowie die geplanten Beschlüsse der Gemeindevertretung am 11. Juni. Viele Bürgerinnen und Bürger erfahren erst jetzt von den konkreten Planungen. Deshalb möchten wir einige Aussagen einordnen und unsere Position erläutern.

Zunächst möchten wir betonen:

Wir sind nicht grundsätzlich gegen erneuerbare Energien oder gegen Windkraft.

Unsere Sorge richtet sich gegen den geplanten Standort in **unmittelbarer Nähe zu Müssen und Louisenhof** sowie gegen **die Art und Weise**, wie bisher mit diesem Thema umgegangen wurde.

Aus unserer Sicht wurden die Bürgerinnen und Bürger vor der Grundsatzentscheidung der Gemeindevertretung vom 11.09.2025 **nicht ausreichend informiert und nicht in die Diskussion einbezogen**. Es gab keine öffentliche Bürgerveranstaltung, keine Bürgerbefragung und *keinen offenen Dialog* über die mögliche Entwicklung eines Windparks in Müssen.

Auch danach wurde aus unserer Sicht nicht ausreichend informiert. Viele Bürger berichten uns, dass sie erst in den letzten Tagen oder Wochen von den konkreten Planungen erfahren haben. Wir erleben täglich Gespräche mit Anwohnern, die von dem Projekt, den geplanten Standorten oder den anstehenden Beschlüssen bislang keine Kenntnis hatten.

Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger erst durch die Aktivitäten der Bürgerinitiative auf die konkreten Planungen und die bevorstehenden Entscheidungen aufmerksam geworden sind. Die große Zahl neuer Mitglieder in unserer Facebook-Gruppe, die Besucherzahlen unserer Website und die Beteiligung an unserer Umfrage zeigen aus unserer Sicht deutlich, dass weiterhin ein erheblicher Informationsbedarf in der Bevölkerung besteht.

Auch die Informationsveranstaltung von greenwind sehen wir *kritisch*.

Die Veranstaltung wurde aus unserer Sicht sehr kurzfristig angekündigt und fand zudem in der Urlaubszeit statt. Nach unserer Einschätzung hatten deshalb viele Bürgerinnen und Bürger keine Möglichkeit, sich rechtzeitig über die Veranstaltung zu informieren oder daran teilzunehmen.

Hinzu kommt, dass es sich um eine Informationsveranstaltung des Projektentwicklers (greenwind) handelte. Dort wurden Planungen vorgestellt, jedoch keine politischen Entscheidungen der Gemeinde diskutiert. Vertreter der Gemeinde standen nicht im Rahmen eines Bürgerdialogs für die Diskussion der politischen Entscheidungsfindung zur Verfügung.

Eine Information im Schaukasten der Gemeinde, Hinweise auf der Gemeindehomepage oder ausgelegte Unterlagen reichen unserer Meinung nach nicht aus, um ein Projekt dieser Größenordnung mit möglichen Auswirkungen über Jahrzehnte hinweg angemessen mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Deshalb geht es aus unserer Sicht nicht nur um Windkraftanlagen.

Es geht um Transparenz, frühzeitige Information, Bürgerbeteiligung und die Frage, ob die Bürger vor wichtigen Entscheidungen ausreichend eingebunden werden.

Im Zeitungsartikel wird die Sorge vor einer Spaltung der Gemeinde angesprochen.

Auch wir wünschen uns ausdrücklich, dass unsere Dorfgemeinschaft zusammenhält.

Gerade deshalb sind wir der Auffassung, dass weitreichende Entscheidungen nicht ohne vorherigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden sollten.

Der Bürgermeister und die Gemeindevertretung haben jetzt die Möglichkeit zu zeigen, dass ihnen der Zusammenhalt unserer Gemeinde wichtig ist.

Wir fordern deshalb, die drei Windenergie-Tagesordnungspunkte der Gemeindevertretersitzung am 11. Juni von der Tagesordnung zu nehmen und auf die nächste Sitzung im September zu verschieben.

Diese Zeit könnte genutzt werden für:

- eine umfassende Information aller Bürgerinnen und Bürger
- einen offenen Bürgerdialog mit Gemeinde, Projektentwickler und Bürgern
- eine unabhängige Bürgerbefragung
- die Beantwortung offener Fragen
- eine sachliche Diskussion über Chancen, Risiken und Alternativen

Bürgerinitiative Windpark Müssen

Eine Verschiebung würde niemandem die Möglichkeit nehmen, seine Position zu vertreten. Sie würde aber allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich umfassend zu informieren und ihre Meinung einzubringen, bevor Entscheidungen getroffen werden, die unsere Gemeinde möglicherweise für Jahrzehnte prägen.

Die Gemeinde hat jetzt die Chance zu zeigen, dass Transparenz, Bürgerbeteiligung und Zusammenhalt nicht nur Worte sind, sondern aktiv gelebt werden.